

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 22. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Februar 2014, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung über die vergangene und die kommende Europaministerkonferenz	4
2. Minority Safepack Initiative	8
a) Gespräch mit dem Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, Herrn Hans Heinrich Hansen	
b) Gespräch mit der Minderheitenbeauftragten des Ministerpräsidenten, Frau Renate Schnack	
3. Gespräch mit Vertretern der Landesregierung bezüglich Bundesratsangelegenheiten	13
4. Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein	14
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/923 - im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO -	
5. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014	16
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1431	
6. Ostseejugendforum zur Kieler Woche	18
7. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	20
8. Bericht von der 6. Subsidiaritätskonferenz - „Subsidiaritätskontrolle nach Lissabon: Erfahrungen und Perspektiven“	21
9. Umwelt- und Gesundheitsstandards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen	22
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1458 EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1501	

10. Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde	24
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1022	
11. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012	25
Drucksache 18/1035	
12. Beschlüsse der 27. Veranstaltung „Jugend im Landtag“	26
13. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	27
14. Bundesratsangelegenheiten	28
15. Verschiedenes	29

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die vergangene und die kommende Europaministerkonferenz

Frau Spoorendonk, Ministerin für Kultur, Justiz und Europa, führt in die Thematik ein und erläutert die Schwerpunkte der vergangenen Europaministerkonferenz (EMK), die am 21. November 2013 in Berlin stattgefunden habe. Viele der angesprochenen Themen der letzten Sitzung stünden auch auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung in Brüssel. Das Vorsitzland Bremen stelle die Themen Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Roma in ihren Herkunftsländern in den Fokus seiner Tätigkeit. Offen sei noch ein Beschlussvorschlag zum Thema Zukunft des Ausschuss der Regionen gewesen, dessen Anlass das 20-jährige Jubiläum des Bestehens des AdR zusammenhänge. Dabei stehe die Frage der Schwerpunkte der Tätigkeit des AdR und einer gegebenenfalls vorzunehmenden Profilierung im Vordergrund. Die deutsche Delegation habe sich entschieden, kein eigenes Positionspapier zu erarbeiten, sondern dafür zu sorgen, dass das Kerngeschäft des AdR stärker wahrgenommen werde. Im Interesse des AdR sei nach Meinung der deutschen Delegation, auch eine Rückmeldung zu bekommen, was mit den Stellungnahmen des AdR auf europäischer Ebene geschehe. Zum Thema Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma in ihren Herkunftsländern hätten einige Bundesländer bereits eigene Strategien erarbeitet, die sie gern vortragen wollten, so zum Beispiel das Land Berlin. Sie selbst - so führt Ministerin Spoorendonk aus - habe für Schleswig-Holstein deutlich gemacht, dass das Thema nicht nur ein Migrationsthema sondern auch ein minderheitenpolitisches Thema sei und dabei auf eine ausführliche Stellungnahme der FUEV verwiesen. Diese Stellungnahme habe das Land Schleswig-Holstein auch der EMK zur Verfügung gestellt.

Im Hinblick auf die kommende Sitzung führt Ministerin Spoorendonk aus, dass beim nächsten Mal in Brüssel einen Bericht zum Thema Wahlrecht für EU-Bürger gegeben werde. Dieses Thema sei auch ein europapolitisches. Es solle ein Bericht erstattet werden, zumal das Bundesinnenministerium sehr deutlich gemacht habe, dass es sich durch den engen Zusammenhang zur Staatsbürgerschaft auch um ein innenpolitisches Thema handele. Dennoch hätten andere Länder bereits ihre Bereitschaft bekundet, an dem Bericht mitzuwirken.

Das Thema Jugend in Europa werde - so führt Ministerin Spoorendonk weiter aus - auf der kommenden EMK ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, dabei seien die Aspekte Jugendarbeitslosigkeit aber auch die Beteiligung von Jugendlichen an der Europawahl zentral. Zum Thema Europaschulen habe es eine Umfrage der Europaministerkonferenz gegeben, sie erwarte auch eine Beschlussfassung zu dem Thema der kommenden Sitzung. Ergebnis der Umfrage sei gewesen, dass der Begriff Europaschule nicht in allen Bundesländern gleich verstanden werde.

Der Europatag solle - so erläutert Ministerin Spoorendonk - auf den 31. März 2014 vorverlegt werden, da es in einigen Bundesländern die Regelung gebe, dass im Vorfeld von Wahlen Politikerinnen und Politiker nicht in Schulen auftreten dürften. Sie halte eine Motivation junger Leute im Rahmen von Podiumsdiskussionen in Schulen für sinnvoll.

Abschließend zu ihren Ausführungen weist Ministerin Spoorendonk darauf hin, dass es in den Föderalstaaten wie Deutschland das verhandlungstechnische Problem gebe, dass bei Themen mit Länderzuständigkeit die Bundesrepublik dennoch nur einen Sitz im Ministerrat der Europäischen Union habe. Eigentlich brauchte man zwei Sitze oder eine Vereinbarung mit der Bundesregierung, dass diese in derartigen Beratungen zurücktrete und den Platz einem Vertreter der Länder zur Verfügung stelle. Dieses werde weiter beraten.

Abg. Beer interessiert die Regelung in Schleswig-Holstein bezüglich einer Teilnahme von Politikern an Podiumsdiskussionen im Vorfeld von Europawahlen. - Die Landesregierung sagt zu, entsprechende Verordnungen dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Bitte von Abg. Beer sagt Ministerin Spoorendonk zu, dem Landtag ihre Ausführungen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Abg. Beer und Abg. Damerow regen an, dem Ausschuss die von Ministerin Spoorendonk angesprochene Studie zur Verfügung zu stellen.

Abg. Damerow plädiert im Zusammenhang mit der Diskussion um die Europaschulen dafür, es auch Europaschulen in Schleswig-Holstein zu erleichtern, Gastschüler aus dem Ausland an den Schulen willkommen zu heißen.

Ministerin Spoorendonk sagt zu, die Anregung mitzunehmen, weist aber darauf hin, dass der Themenkomplex der Erweiterung des Abiturs zu einem internationalen Abschluss getrennt von den sonstigen Aktivitäten von Europaschulen gesehen werden müsse. Eigentlich müssten alle Schulen Europaschulen sein, die schleswig-holsteinischen Europaschulen leisteten jedoch

mehr als andere Schulen, auch wenn sie dies im Rahmen der normalen allgemeinen Schulbildung täten.

Abg. Waldinger-Thiering zeigt sich überzeugt, dass vonseiten der Landesregierung eine Lösung für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein gefunden werden könne.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Minority Safepack Initiative

a) Gespräch mit dem Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, Herrn Hans Heinrich Hansen

b) Gespräch mit der Minderheitenbeauftragten des Ministerpräsidenten, Frau Renate Schnack

hierzu: [Umdruck 18/2066](#)

Herr Hansen, Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), führt in die Thematik ein. Er bedankt sich für die klare Stellungnahme des Landtags für die Minority Safepack Initiative vom vergangenen September. Damit habe der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen. Bei der Initiative gehe es um den Schutz von Minderheitenrechten, den es in der EU so generell nicht gebe. Im September 2013 habe er im Ausschuss der Regionen (AdR) darum gebeten, dass eine Initiativstellungnahme des Ausschusses für die Minority Safepack Initiative gemacht würde, was bisher jedoch noch nicht passiert sei. Es habe im September auch ein Gespräch mit Vertretern der Europäischen Kommission gegeben, in dem deutlich gemacht worden sei, weshalb dieses Ansinnen abgelehnt worden sei. Der Grund sei gewesen, dass es nach Ansicht der Europäischen Union keine rechtliche Grundlage für die Initiative gebe. Dabei sei auch deutlich geworden, dass es viele Staaten gebe, die skeptisch in Bezug auf Minderheitenrechte seien. Die FUEV habe Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, und man rechne damit, im März 2014 eine erste Stellungnahme zu erhalten. Optimistisch rechne man im Jahr 2015 mit einem abschließenden Urteil. In der Zwischenzeit werde man sich bemühen, sich politisch für die Einrichtung eines Postens eines Kommissars für Minderheitenfragen einzusetzen. Ein Kommissar für Minderheitenfragen sei insofern einem für Minderheitenfragen zuständigen Ausschuss beim Europäischen Parlament vorzuziehen, als ein Kommissarposten automatisch bewirke, dass auch ein Ausschuss eingerichtet werde. Im Moment gebe es eine interparlamentarische Gruppe, also einen Zusammenschluss von Parlamentariern im Europaparlament, die entweder selbst Angehörige von Minderheiten seien oder eine positive Einstellung zu Minderheitenfragen hätten.

Herr Hansen führt weiter aus, dass besonders vor dem Hintergrund der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2004 und der damals geltenden Bedingung der Übernahme der Kopenhagener Kriterien die jetzige Diskussion dazu unverständlich sei. Die neuen Mitgliedsländer hätten sich bedauerlicherweise an der Haltung von Mitgliedsländern orientiert, die schon lange Mitglied der Europäischen Union seien, zum Beispiel Frankreich und Griechenland. Ganz entscheidend sei nun, die im Landtag geäußerte Unterstützung auch auf Bundesebene deutlich zu machen, vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es einen neuen Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung gebe.

Zum bereits angesprochenen Roma-Projekt führt Herr Hansen aus, dass dieses Projekt 2011 in Eisenstadt angestoßen worden sei. Dieses beinhalte auch ein gewisses Risiko dadurch, dass auch bei Minderheiten Vorbehalte gegen Sinti und Roma bestünden. In Eisenstadt habe man jedoch die Erfahrung gemacht, dass sämtliche Minderheitenvertreter voll hinter dem Projekt gestanden hätten. Für die Roma sei in erster Linie eine Anerkennung wichtig. Die Bemühungen, auch die ungarische Regierung mit einzubeziehen, seien jedoch gescheitert. Die Europäische Union werde sich der Roma-Problematik ihrerseits nicht annehmen, wenn nicht auch Staaten beteiligt seien. Wichtig sei, dass die Roma als nationale Minderheit anerkannt würden, was bisher nicht der Fall sei.

Frau Schnack, Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten, spricht den Landtagsbeschluss von September 2013 an, mit dem das Parlament auch die Arbeit der Landesregierung mit unterstütze. Das sei eine sehr erfreuliche Entwicklung, die aus ihrer Sicht auch ihre Fortsetzung in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2015 und folgende finden müsse. Die Landesregierung unterstütze seit Jahrzehnten die Arbeit der FUEV in Flensburg als eine der Nichtregierungsorganisationen auf regionaler Ebene. Die Bundesregierung unterstütze die FUEV mit Projektmitteln. Der Sitz eines überregional tätigen Akteurs wie der FUEV im deutsch-dänischen Grenzland sei aus Sicht der Landesregierung ein wichtiger Baustein in der minderheitenpolitischen Infrastruktur, die auch für Schleswig-Holstein ein Alleinstellungsmerkmal sei. So habe auch der Landtagsbeschluss Widerhall in ganz Europa gefunden. Wichtig sei die Dachorganisation der FUEV auch deshalb, weil sie durch Minderheitenangehörige selbst betrieben werde. Besonders wichtig sei sie auch für die Stellung von Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehung sowie generell. Die Unterstützung für einen derartig wichtigen Partner werde jedoch im Moment dem enormen Zuwachs an Aufgaben nicht mehr gerecht. Die Bedeutung der Arbeit der FUEV sei auch in dem Einsatz für die Minderheitenrechte von Sinti und Roma angeklungen. Schleswig-Holstein und das deutsch-dänische Grenzland seien ihrerseits auch Inspiration für die Entwicklung der FUEV gewesen, die das im deutsch-dänischen Grenzland vorhandene Engagement auch nach Europa transportiert habe. Die Politik auf Augenhöhe, die sich dadurch auszeichne, mit den Minderheiten im Dialog zu sein,

müsse sich auch in der Förderung der Minderheitenorganisationen widerspiegeln. Das politische Ziel müsse sein, die Einzelorganisationen und auch die Dachverbände dazu zu befähigen, ihre Anliegen selbst zu vertreten und voranzubringen. Die Forderung zur Emanzipation der Minderheitenverbände richte sich auch an die Mehrheitsbevölkerung. Eine solche Nichtregierungsorganisation wie die FUEV könne Ratgeber oder sogar Partner der Politik sein. Kontakte zur FUEV gebe es auch vonseiten der Europäischen Union, des Europarates, der UNO und der OSZE. Ziel müsse sein, auch eine institutionelle Förderung durch den Bund zu erreichen. Das European Centre for Minority Issues (ECMI), das auch zur minderheitenpolitischen Infrastruktur des Landes gehöre, erhalte eine institutionelle Förderung in Höhe von 250.000 € die sie auch hinsichtlich des Aspekts der Augenhöhe für die FUEV für angemessen halte. Sie verweist auf die bereits geführten Gespräche mit der Bundesregierung im Hinblick auf die Stärkung der FUEV, die durch die Dauer der Regierungsbildung erst kürzlich hätten intensiviert werden können. Sie schließt sich der von Herrn Hansen geäußerten Forderung nach einem eigenen Kommissar für Flüchtlingsfragen an. Schleswig-Holstein könne und müsse mit seinem Wissensvorsprung auch dafür sorgen, minderheitenpolitische Kompetenzen in Europa zu stärken.

Abg. Beer weist auf die Bemühungen auf europäischer Ebene hin, den bislang als Unterausschuss für Menschenrechte existierenden Ausschuss zu einem eigenen Ausschuss zu machen, der bisher auch die Zuständigkeiten für Minderheitenthemen habe. Vor dem Hintergrund dieser Bemühungen halte sie es nicht für realistisch, einen eigenen Ausschuss für Minderheiten einzusetzen. Zudem weist sie darauf hin, dass im Vertrag von Lissabon eine Reduzierung der Kommissare vorgesehen sei. Es müsse faktisch also ein Kommissar eingespart werden, um einen Posten für einen Kommissar für Minderheiten einzurichten. Sie stellt die Frage in den Raum, ob es dazu schon konzeptionelle Überlegungen gebe, da die Diskussion möglichst zeitnah geführt werden müsste. Sie regt darüber hinaus an, bei einem etwaigen Besuch in Berlin auch ein Treffen mit dem Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Koschick, ins Auge zu fassen.

Abg. Andresen regt an, ein Treffen des Ausschusses mit Herrn Koschick mit einer Reise des Nordschleswig-Gremiums nach Berlin zu kombinieren, zumal es auch personelle Überschneidungen mit Ausschussmitgliedern gebe. - Er weist darauf hin, dass sich die Grünen am Wochenende auf ihrem Europaparteitag für eine Reduzierung der Anzahl der Kommissare ausgesprochen habe, was jedoch mit der Einführung eines Minderheitenkommissarsposten kollidiere. Dieses Spannungsfeld müsse man auflösen. Im Hinblick auf die bereits angesprochene Strategie zu Sinti und Roma gibt er seinen Bedenken Ausdruck, wie sich der neue Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung dazu positionieren werde. Ihn interessierte die Stellungnahme der Minderheitenbeauftragten der Landesregierung und des Präsidenten der FUEV.

Abg. Pauls bringt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der im September verabschiedete Antrag von den PIRATEN nicht habe unterstützt werden können. Sensibel müsse man mit Unterstützungsmaßnahmen für die Minority Safepack Initiative umgehen und diese auch eng mit der FUEV abstimmen. Zu begrüßen sei das deutliche Signal, dass die Landesregierung auch mit der Einladung von Ministerin Spoorendonk im Bürgerkomitee setze.

Auf die Bemerkungen von Abg. Beer und Abg. Andresen im Hinblick auf den für Minderheitenfragen zuständigen Kommissariatsposten antwortend führt Herr Hansen aus, dass ihn generell verwundere, warum verschiedene Regierungen und auch die Europäische Union wenig auf die Expertise der FUEV im Bereich der Minderheitenfragen zurückgriffen. Er weist darauf hin, dass Griechenland zum Beispiel weder die Konvention noch die Sprachencharta unterzeichnet hätte, was zu massiven Nachteilen für die in Griechenland lebende türkische Minderheit führe. Seit 2008 habe es Gerichtsurteile auf europäischer Ebene gegeben, dass Griechenland die Gesetze implementieren müsse, was bisher jedoch noch nicht geschehen sei. Griechenland verfolge die Argumentation, dass es nur religiöse Minderheiten gebe.

Die Förderung der FUEV - so führt Herr Hansen weiter aus - belaufe sich seit einigen Jahren auf 60.000 €Projektmittel pro Jahr. 1999 habe man das Doppelte bekommen.

Frau Schnack hebt hervor, dass die Forderung nach einem Kommissarsposten auf europäischer Ebene vor allem für die Forderung nach Verantwortung auf europäischer Ebene widerspiegele. Sie berichtet, dass sie gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten ein Gespräch mit dem Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung zu diesen Themen führen werde. Es gebe auch die Überlegung, mit Außenminister Steinmeier darüber zu sprechen, die Förderung gegebenenfalls vom Bundesinnenministerium in das Bundesaußenministerium zu verlagern. Man plane, den FUEV-Beirat, den es bereits von 2001 bis 2005 gegeben habe, wiederzubeleben. Sie weist darauf hin, dass sie parteiübergreifend alle Bundestagsabgeordneten in Schleswig-Holstein zu einem Gespräch mit der Zielrichtung eingeladen habe, insbesondere auf die problematischen Themen zu besprechen, wozu auch die Roma-Strategie gehöre. Insgesamt versuche sie darauf hinzuwirken, die regionalen Erfahrungen in Schleswig-Holstein in die Diskussion einzubringen.

Abg. Waldinger-Thiering weist auf die Tatsache hin, dass durch den SSW als Teil der Landesregierung die Vertretung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein auch politische Verantwortung übernommen habe, und unterstreicht, dass dies ein wichtiger Schritt sei. Ein Treffen mit dem neuen Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung würde sie begrüßen.

Herr Hansen weist auf die Veranstaltungen der FUEV anlässlich des 65-jährigen Jubiläums und Bestehens der Institution hin. Er unterstreicht, dass das Präsidium der FUEV vielleicht ehrenamtlich arbeite und das zur Verfügung gestellte Geld nur für Mitarbeiter und Projekte ausgegeben werde. Wichtig sei, die Institution im Grenzland zu behalten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 und 4 der Tagesordnung:

Gespräch mit Vertretern der Landesregierung bezüglich Bundesratsangelegenheiten

Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/923](#)

- im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO -

Herr Studt, Chef der Staatskanzlei, führt in die Thematik ein. Ziel sei, die Erfahrungen des Landtags mit dem bisherigen Verfahren und etwaige Wünsche zu thematisieren, um die bestehenden Verfahren zu optimieren.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in vergangenen Legislaturperioden das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden sei, und plädiert dafür, dies auch in Zukunft dem Ausschuss wieder zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Studt führt aus, dass der Ausschuss frühzeitig über die Tagesordnung des Bundesrates informiert werde mit dem Ziel, bei Fragen aus dem Ausschuss der Landesregierung Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Auf diese Weise könnten auch Anregungen des Ausschusses in die Befassung auf Bundesebene eingespeist werden. In dem sogenannten Berlin-Brief gehe die Landesregierung auf die aus ihrer Sicht politisch besonders relevanten Punkte ein, dieser werde großflächig verteilt. Eine Darstellung aller Abstimmungsergebnisse beziehungsweise das Abstimmungsverhalten der Landesregierung sei aufgrund der Vielzahl von abzustimmenden Punkten sehr umfangreich.

Der Vorsitzende fordert die Landesregierung auf, dem Ausschuss einen Überblick über das Abstimmungsverhalten zu allen Punkten zukommen zu lassen.

Abg. Beer unterstützt die vom Vorsitzenden geäußerte Position und führt zu ihrem Antrag, [Drucksache 18/923](#) aus, dass die bisherige Befassung gezeigt habe, dass Subsidiaritätsprinzip allein nicht ausreiche, um Transparenz im Hinblick auf das Handeln des Bundesrates oder auf europäischer Ebene zu gewährleisten. Aus Sicht ihrer Fraktion gebe es zudem ein Informationsdefizit, da zwar die Tagesordnung des Bundesrates an die Ausschussmitglieder verteilt

werde, nicht aber eine Information darüber, was in den Ausschüssen damit geschehe. Sie stellt die Frage in den Raum, ob es möglich sei, dem Europaausschuss Informationen über den Sachstand bei ausgewählten Themen von besonderer Relevanz für Schleswig-Holstein zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende regt vor dem Hintergrund der Bemerkung von Abg. Beer an, dem Ausschuss zusätzlich zu Informationen zum Abstimmungsverhalten auch Informationen zu den zeitlichen Abläufen der Beratung zur Verfügung zu stellen. Er regt an, den Fraktionen anheimzustellen, sich über bestimmte für sie interessante Punkte gesondert informieren zu lassen.

Abg. Beer zeigt sich mit dem Verfahren, explizite Rückmeldungen von der Landesregierung zu erhalten, wenn der Ausschuss dies wünsche, einverstanden.

Abg. Poersch unterstreicht, dass sie es grundsätzlich als guten Ansatz empfinde, wenn auch aus Fachausschüssen interessierende Themen benannt würden, stellt jedoch die Frage in den Raum, wie das mit dem derzeitigen monatlichen Sitzungsrhythmus und den schnellen Entwicklungen im Bundesrat vereinbar sei. Eine Information über den jeweiligen Verfahrensstand würde auch ihre Arbeit als Mitglied im Ausschuss der Regionen erleichtern. Zurzeit bemühe man sich darum, eine Lösung gemeinsam mit dem Hanse-Office zu finden.

Der Vorsitzende regt an, bei Informationsbedarf sich an den Ausschussgeschäftsführer oder direkt an die Landesvertretung in Berlin zu wenden, da der Erfahrung nach eine zeitnahe Beschäftigung von Fachausschüssen mit bestimmten Themen schwierig sei.

Staatssekretär Studt weist auf die geringe Zahl an bisher bei der Staatskanzlei eingegangenen Nachfragen zu Bundesrats- beziehungsweise Subsidiaritätsangelegenheiten hin. Er unterstreicht, dass es der Landesregierung nicht möglich sei, dem Europaausschuss einzelne Diskussionsinhalte aus den Ausschusssitzungen mitzuteilen. Die Ergebnisse der Ausschussberatung könnten in den Bundesratsdokumenten nachgelesen werden, die auch Grundlage für die weiteren Bundesratsberatungen seien.

Staatssekretär Studt sagt zu, den Ausschuss und auch einzelne Abgeordnete auf konkrete Nachfrage über den Verfahrenszustand zu einzelnen Punkten zu unterrichten. Er regt an, bei Beratungen, die den Ausschuss der Regionen betreffen, auch das Gespräch mit Ministerin Spoorendonk zu suchen, die über alle notwendigen Informationen verfüge.

Zum Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat und zur Frage der Transparenz führt Staatssekretär Studt aus, dass man den ständigen Beirat des Bundesrates, ein mit dem Ältes-

tenrat vergleichbares Gremium auf Bundesratsebene, verabredet habe, eine zwischen den Ländern einheitliche Regelung der Information zu finden, um sicherzustellen, dass es keine ungleiche Information der Länder gebe. Er selbst habe sich dafür eingesetzt, dass es ein einheitliches Informationssystem gebe. Der Wunsch, der im Antrag der PIRATEN nach mehr Transparenz im Bundesrat anklinge, sei seiner Ansicht nach verständlich, diesen nehme er gern mit, plädiert aber für eine einheitliche Regelung über alle 16 Bundesländer hinweg.

Der Vorsitzende regt an, den Informationsfluss über die Geschäftsführung des Europaausschusses zu leiten, um sicherzustellen, dass nicht Fragen doppelt gestellt würden.

Abg. Beer plädiert dafür, im Wege der Selbstbefassung eine Empfehlung abzugeben.

Abg. Poersch spricht sich dafür aus, zunächst noch eine Diskussion in den Fraktionen auch vor den Hintergrund zu führen, was vom Chef der Staatskanzlei in der heutigen Sitzung ausgeführt worden sei. - Abg. Damerow schließt sich diesem Vorschlag an.

Abg. Beer hebt hervor, dass sie eine Diskussion vor der Europawahl anstoßen wolle.

Der Ausschuss kommt überein, seine Beratungen zu dieser Thematik am 12. März 2014 fortzusetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1431](#)

(überwiesen am 24. Januar 2014 an den **Europaausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdruck 18/2360](#)

Der Vorsitzende weist auf das zwischen Vertretern des Landtags und der Landesregierung geführt Gespräch zur Identifikation europapolitisch bedeutsamer Vorhaben hin, bei dem elf Punkte identifiziert worden seien, sowie auf den dazu vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen.

Abg. Poersch regt an, den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/1431](#), zur Kenntnis zu nehmen. - Abg. Voß pflichtet dem bei und weist auf die in dem Antrag der Koalitionsfraktionen zusätzlich genannten Punkte hin. Man werde sich überlegen müssen, wie man damit umgehen werde.

Der Vorsitzende weist für seine Fraktion darauf hin, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion, [Drucksache 18/1611](#), die in dem Gespräch identifizierten Punkte noch einmal zusammenfasse.

Abg. Beer hebt hervor, dass sie sich für ihre Fraktion vorbehalte, gegebenenfalls einen weiteren Änderungsantrag zu [Drucksache 18/1560](#) (neu) einzubringen, da das Thema der Unterstützung der Minderheiten in dem bisher vorliegenden Antrag nicht enthalten sei. Sie zeigt sich auch bereit, eine Einigung der europapolitischen Sprecher zu diesem Punkt gegebenenfalls am Rande der Plenarsitzung zu erreichen.

Abg. Poersch unterstreicht, dass das Thema Minderheitenpolitik nicht im Arbeitsprogramm der Kommission der Europäischen Union thematisiert sei und aus diesem Grunde auch nicht in diesem Zusammenhang thematisiert werden könne. Dies müsse auf anderer Ebene erfolgen. Sie gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln.

Abg. Damerow plädiert ebenfalls dafür, den Versuch zu unternehmen, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu entwerfen.

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/1431](#), zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ostseejugendforum zur Kieler Woche

Berichterstatter: Landtagspräsident Klaus Schlie

Einleitend weist der Vorsitzende auf die zu diesem Thema verteilte Tischvorlage hin, die einen Programmentwurf enthalte (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Landtagspräsident Schlie führt in die Thematik ein. Er führt aus, dass man im Laufe des vergangenen Jahres überein gekommen sei, ein Jugendforum zur Kieler Woche durchzuführen. Bei der Ostseeparlamentarierkonferenz im vergangenen Jahr in Pärnu hätten sich alle Teilnehmer einvernehmlich darauf geeinigt, dass die Arbeit des Ostseejugendsekretariats sehr wichtig und die Einrichtung eines jährlich stattfindenden Ostseejugendforums zu unterstützen sei. Das Ostseejugendsekretariat sei zurzeit beim Landesjugendring in Kiel angesiedelt. Die Planstelle der Mitarbeiterin sei bis Mitte diesen Jahres finanziert, bis dahin soll ein tragfähiges Konzept für mehrjähriges Ostseejugendforum auf der Basis von Projektfinanzierung entwickelt werden.

Landtagspräsident Schlie schlägt vor, die Kieler-Woche-Veranstaltung so zu konzipieren, dass damit bereits in diesem Jahr eine Art Probelauf für das Ostseejugendforum durchgeführt werden könne. Dabei sei es für alle Beteiligten möglich, erste Erfahrungen zu sammeln, was den offiziell für das kommende Jahr geplanten Start des Ostseejugendforums erleichtern könne. Ziel sei, Ostseejugendarbeit zu fördern und gleichzeitig das am Standort Kiel vorhandene Know-how zu nutzen. In dem Aktionsplan für die EU-Ostseestrategie sei das Ostseejugendforum unter dem Schwerpunkt Innovative Bildungsarbeit und Jugend aufgelistet. Das Thema Bildung sei insofern auch für den Probelauf gesetzt. Auf Arbeitsebene sei eine Projektgruppe eingesetzt worden, durch die insbesondere die Vorschläge und Wünsche von Jugendlichen berücksichtigt würden. Die Zielgruppe der Veranstaltung bestehe aus Jugendlichen des Ostseeraums, denen der Dialog mit der Politik ermöglicht werden solle. Der Schleswig-Holsteinische Landtag richte die Veranstaltung gemeinsam mit anderen im Ostseeraum aktiven Trägern aus, die ebenfalls sehr stark auf die Zielgruppe der jungen Leute setzten. Man wolle sich vor allem auf inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren. In diesem Jahr solle das Thema „Miteinander lernen in Europa“ am Beispiel der Europauniversität Flensburg und Süddänemark im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Die Veranstaltung werde in Englisch als Arbeitssprache durchgeführt. Der Kostenrahmen sei auf 25.000 € begrenzt, was Auswirkun-

gen unter anderem auf die Unterbringung habe. Zu überlegen sei, ob das Ostseejugendforum in Zukunft rotieren solle.

Abg. Damerow regt an, sich im Hinblick auf eine mögliche Rotation zu überlegen, ob nicht zunächst eine Etablierung der Veranstaltung durch mehrere Termine in Kiel abzuwarten sei. - Auch Abg. Poersch plädiert dafür, eine Etablierung der Veranstaltung abzuwarten, bevor man andere Veranstaltungsorte in Betracht ziehe.

Abg. Pauls regt an, bei einem Besuch des Grenzlandes auch einen Termin zum Thema Minderheiten zu veranstalten.

Präsident Schlie greift den Gedanken einer rotierenden Veranstaltung auf und unterstreicht, dass auch aus Sicht des Landtags geboten sei, zunächst eine Etablierung abzuwarten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Berichterstatterin: Abg. Regina Poersch (SPD)

Abg. Poersch weist auf ihren bereits gegebenen Ausblick auf die Tagung des AdR hin. Aktuell habe den AdR die Lage in der Ukraine beschäftigt. Fraktionsübergreifend habe es eine EntschlieÙung gegeben, nachdem im Januar eine AdR-Delegation in der Ukraine zu Gast gewesen sei. In der Stellungnahme des AdR habe man sich solidarisch mit den Kräften gezeigt, die friedlich für Demokratie einträten, und bedauert, dass antidemokratische Gesetze auf den Weg gebracht worden seien. Der AdR habe deutlich gemacht, dass Menschenrechte und die Verurteilung jeglicher Gewalt zentrale Anliegen seien.

Weitere Themen seien die EU-Forststrategie sowie die europäische Klimaschutz- und Energiepolitik 2030 gewesen. Gerade beim letzteren Punkt sei eine bessere Vernetzung für sie deshalb hilfreich, um kurzfristig den Beratungsstand auch in Bundesratsausschüssen zu erfahren. Es habe des Weiteren eine Stellungnahme des AdR zum europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation gegeben, in der der AdR deutlich kritisiert habe, dass die Mittelausstattung für den Breitbandausbau zu gering sei und die Finanzierung der digitalen Infrastruktur in den Strukturfonds stärkeren Raum einnehmen müsse. Auch Netzneutralität und die Abschaffung der Roaming-Gebühren sei in der Stellungnahme thematisiert worden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht aus dem Ausschuss der Regionen zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht von der 6. Subsidiaritätskonferenz - „Subsidiaritätskontrolle nach Lissabon: Erfahrungen und Perspektiven“

Berichtersteller: Abg. Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Der Ausschuss kommt überein, die Berichterstattung auf den 12. März 2014 zu verschieben.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Umwelt- und Gesundheitsstandards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1458](#)

EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1501](#)

(überwiesen am 24. Januar 2014 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Beer plädiert dafür, das Votum des mitberatenden Umwelt- und Agrarausschusses vor einer Abstimmung im Europaausschuss abzuwarten.

Abg. Voß unterstreicht, seiner Ansicht nach sei es wichtig, zeitnah eine klare Botschaft des Landtags zu senden. Aus diesem Grund spricht er sich dafür aus, vorbehaltlich des Votums der mitberatenden Ausschüsse zur Abstimmung zu kommen.

Abg. König hebt hervor, dass durch die NSA-Affäre eine flächendeckende Überwachung festgestellt und auch die europäische Verhandlungsdelegation wahrscheinlich überwacht worden sei. Das jedoch führe dazu, dass es keine Verhandlung auf Augenhöhe gebe. Eine Begründung für die bisher intransparente Verhandlungsführung sei gewesen, dass man die Position der Europäischen Union nicht habe offenlegen wollen. Es sei zudem inakzeptabel, dass - wie man gerüchteweise vernommen habe - die amerikanische Seite über das Abkommen absatzweise abstimmen wolle.

Abg. Voß hebt hervor, dass man die Argumente bereits im Landtag ausgetauscht habe und auch seine Fraktion vor dem Hintergrund der mangelnden Transparenz eine Weiterverhandlung ablehne. Er sehe nicht, dass das Freihandelsabkommen vor dem Ablauf von zwei Jahren verabschiedet werde, was problematisch im Hinblick auf die sinnvolle Anpassung von bestimmten Vorschriften sei, zum Beispiel bei Steckdosen,.

Auf eine Nachfrage der Abg. Beer unterstreicht Abg. Voß, dass im Antrag der Koalitionsfraktionen eine breite Beteiligung der Gesellschaft gefordert werde.

Auf eine Nachfrage des Abg. König zu seiner Einschätzung zur geringen Information über das Abkommen unterstreicht Abg. Voß, dass er dies für skandalös halte.

Abg. Andresen hebt hervor, dass im Koalitionsantrag genauer dargestellt werde, welches Problem die Koalitionsfraktionen mit dem Freihandelsabkommen konkret hätten. Dies fehle im Antrag der Piratenfraktion. In dem Antrag sei sehr deutlich, welche Position die Koalitionsfraktionen verträten und damit seiner Ansicht nach auch, welche Empfehlung sie der Landesregierung gäben, sich im Bundesrat zu positionieren.

Auch Abg. Poersch unterstreicht, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen klare Bedingung für den Beitritt zum Freihandelsabkommen formuliere. Aus diesem Grund sei er der weitergehende.

Abg. Beer hebt hervor, dass ihre Fraktion nicht grundsätzlich gegen Freihandelsabkommen sei, sondern dass aus Sicht der Fraktion der PIRATEN das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen mit den USA gestoppt werden müsse.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Wirtschaftsausschuss und vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Umwelt- und Agrarausschusses empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN die Ablehnung des Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN betreffend EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen, [Drucksache 18/510](#). Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN empfiehlt er dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Umwelt- und Gesundheitsstandards durch transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen, [Drucksache 18/1458](#).

Punkt 10 der Tagesordnung:

Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1022](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2013 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation
der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätig-
keit 2011 bis 2012**

[Drucksache 18/1035](#)

(überwiesen am 22. November 2013 an den **Sozialausschuss** und an alle weite-
ren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 27. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

[Umdruck 18/2058](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse abschließend zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

hierzu: [Umdruck 18/2374](#)

Abg. Damerow weist auf das von der Landesregierung betonte schleswig-holsteinische Interesse am Schulmilch- und Schulobst-Programm der EU hin. Sie regt an, sich vom Fachministerium dazu genauer informieren zu lassen. Der Ausschuss kommt überein, eine Sondersitzung zu diesem Thema durchzuführen.

Abg. Waldinger-Thiering interessiert, ob man zum Thema Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen weitergekommen ist und wie der Sachstand dazu sei. Sie regt an, sich darüber informieren zu lassen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdruck 18/2372](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, das Botschaftergespräch mit dem griechischen Botschafter mit 500 € zu bezuschussen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer